



Antrag

Vorlage: AT/0049/2026		Datum: 18.05.2026	
Verfasser:	001-Ratsfraktion CDU	Az.:	
Betreff:			
Antrag der CDU-Ratsfraktion: Resolution zur Stärkung der Sicherheit und Aufenthaltsqualität in Innenstädten			
Gremienweg:			
28.05.2026	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP	öffentlich	

Beschlussentwurf:

Resolution zur Stärkung der Sicherheit und Aufenthaltsqualität in Innenstädten

Präambel

Die Innenstädte sind Orte des gesellschaftlichen Lebens, des Handels, der Kultur und der Begegnung. Sie prägen das öffentliche Zusammenleben und sind wesentliche Bestandteile einer lebendigen Kommune. Zunehmende Kriminalität, Vandalismus, Verwahrlosung sowie ein sinkendes Sicherheitsgefühl gefährden jedoch vielerorts die Attraktivität und Vitalität unserer Stadtzentren.

Vor diesem Hintergrund bekennen wir uns zu einer nachhaltigen Strategie zur Stärkung von Sicherheit, Ordnung und Aufenthaltsqualität in den Innenstädten. Ziel ist es, öffentliche Räume sicher, sauber, lebenswert und zukunftsfähig zu gestalten.

Resolution

Die unterzeichnende Fraktion beschließen folgende Maßnahmen und Ziele:

1. Stärkung der öffentlichen Sicherheit

- Die Präsenz von Polizei und kommunalen Ordnungsdiensten soll insbesondere an bekannten Kriminalitätsschwerpunkten deutlich erhöht werden.
- Sicherheitskräfte sollen sichtbar und bürgernah auftreten, um sowohl Straftaten vorzubeugen als auch das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken.
- Die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Kommunen und privaten Sicherheitsakteuren ist auszubauen.

2. Ausbau technischer und infrastruktureller Sicherheitsmaßnahmen

- An kriminalitätsbelasteten Orten soll der Einsatz von Videobeobachtung unter Beachtung datenschutzrechtlicher Vorgaben geprüft, erweitert und umgesetzt werden.
- Öffentliche Plätze, Wege und Haltestellen sind durch moderne Beleuchtungskonzepte besser auszuleuchten.
- Poller- und Zufahrtsschutzsysteme sollen zum Schutz von Veranstaltungsflächen und Fußgängerzonen eingesetzt werden.

3. Prävention und soziale Verantwortung

- Der Einsatz von Streetworkern und sozialen Hilfsangeboten soll intensiviert werden, um Konflikte frühzeitig zu entschärfen und gefährdete Personengruppen zu unterstützen.
- Präventionsprogramme für Jugendliche sowie Maßnahmen gegen Sucht, Gewalt und soziale Ausgrenzung sind auszubauen, auch in Zusammenarbeit mit anderen sozialen Trägern
- Sicherheitsarbeit darf nicht ausschließlich repressiv erfolgen, sondern muss soziale Ursachen von Unsicherheit berücksichtigen.

4. Förderung von Sauberkeit und Ordnung

- Vermüllung, Vandalismus und Verwahrlosung im öffentlichen Raum sind konsequent zu bekämpfen.
- Reinigungsintervalle sowie Maßnahmen zur Pflege öffentlicher Anlagen sollen verstärkt werden.
- Ein gepflegtes Stadtbild trägt maßgeblich zum Sicherheitsgefühl und zur Attraktivität der Innenstädte bei.

5. Erhalt lebendiger Innenstädte

- Die Kommunen sollen Maßnahmen fördern, die die Attraktivität der Innenstädte als Orte des Handels, der Gastronomie, der Kultur und des gesellschaftlichen Austauschs stärken.
- Leerstände sollen aktiv bekämpft und innovative Nutzungskonzepte unterstützt werden.
- Öffentliche Räume sollen so gestaltet werden, dass sie Aufenthaltsqualität, Begegnung und Sicherheit gleichermaßen fördern.

Schlussformel

Wir bekennen uns zu einer ganzheitlichen Innenstadtsicherheit, die Sicherheit, Prävention, soziale Verantwortung und städtebauliche Qualität miteinander verbindet. Nur durch ein gemeinsames Handeln aller gesellschaftlichen Akteure können unsere Innenstädte dauerhaft lebendig, sicher und attraktiv bleiben.

Begründung:

Finanzielle Auswirkungen:

Auswirkungen auf den Klimaschutz: